

Schwarzwälder Bote

Der Gesellschafter

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG
AMTSBLATT FÜR DEN KREIS CALW NAGOLDER TAGBLATT



Walz hatte sie alle im Salon

Nach dem Tod des Starfriseurs haben viele Promis ein großes Haarproblem.

► Hintergrund



Schlimmer Verdacht

In Berlin soll es einen Fall von Kannibalismus geben.

► Aus aller Welt



Arzt und Baumeister

Roland Bühmaier schuf in Ebhausen ein Juwel.

► Nagold

Ausgabe C1 | 186. Jahrgang | Nummer 271 | E 6234 A

Samstag, 21. November 2020 | Einzelpreis 2,00 Euro



Anprobe am PC

Wie fällt der Stoff – und fließen die Konturen elegant genug?
Das Modeunternehmen Marc Cain aus Bodelshausen bei Hechingen ersetzt seine Models aus Fleisch und Blut durch 3D-Avatare

► Wirtschaft



Foto: Marc Cain

Thema des Tages

Von Bernhard Walker



Rente für alle?

Die Mitglieder im CDU-Fachausschuss für Soziales trauen sich was – und eröffnen eine Debatte, die sich viele Bürger seit Langem wünschen. Sie fragen, warum bei uns nicht gehen soll, was in Österreich schon seit Jahren gilt. Dort hatte 2004 Kanzler Wolfgang Schäussel – übrigens auch ein Christdemokrat – durchgesetzt, dass neue Bundesbeamte in die Rentenversicherung einbezogen werden. Das zeigt: Eine solche Reform ist nicht bloß ein Projekt linker Umverteilungsfantasten. Und doch gibt es zwei große Haken. In Deutschland müssten 16 Länder mitziehen, weil sie Dienstherrn der meisten Beamten sind. Und teuer wäre es auch. Der Staat müsste in einer langen Übergangszeit die Pensionsansprüche der Beamten bezahlen und für neue Kollegen Rentenbeiträge abführen. Ob die Gesellschaft diese Doppelbelastung stemmen will, sollte deshalb schnellstmöglich geklärt werden.

Ministerin räumt Expo-Fehler ein

Stuttgart. Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU, Balingen) hat in der Affäre um den Landes-Pavillon bei der Weltausstellung in Dubai Fehler ihres



Nicole Hoffmeister-Kraut

Hauses eingestanden. Zugleich betonte sie vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags, der finanziell heftig aus dem Ruder gelaufene Expo-Bau sei für die Südwest-Firmen eine wichtige Plattform der Präsentation.

► Baden-Württemberg

CDU-Idee: Adieu Pensionen!

Ruhestand | Sozialausschuss will junge Beamte stattdessen in Rentekasse aufnehmen

Es wäre eine Revolution: Beamte, die im Jahr 2030 jünger als 30 sind, sollen künftig in die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) einzahlen. Das fordert der CDU-Fachausschuss Soziales in einem Konzept.

► Von Bernhard Walker

Berlin. Damit würden sie im Ruhestand keine Pension mehr bekommen, sondern wie die meisten Beschäftigten

eine normale Rente. Seit Jahren schon sorgen die unterschiedlichen Versorgungshöhen immer wieder für teils heftige Neid-Debatten.

Unter dem Titel »Wir wollen eine funktionierende Rente für alle« argumentiert der CDU-Ausschuss: »Die Rentensysteme jenseits der GRV werden von der Bevölkerung als Privilegien betrachtet, an denen sie nicht teilnehmen können.« Deshalb sei es für die CDU »vorstellbar«, die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenkasse zu ent-

wickeln, in die neben Beamten auch Politiker und Selbstständige einzahlen.

Lob für den Vorstoß kommt vom Tübinger SPD-Abgeordneten Martin Rosemann: Seine Partei sei schon »seit Langem für eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle Beschäftigten solidarisch einzahlen. Wenn die CDU das jetzt auch will, können wir sofort darüber verhandeln.« Der CDU-Abgeordnete Peter Weiß (Wahlkreis Emmendinger-Lahr) betont dagegen, es handle sich lediglich um eine

»Arbeitsvorlage von Referenten«, über die noch nicht abschließend beraten sei.

Beim Beamtenbund stößt der Vorschlag auf wenig Gegenliebe. Landeschef Kai Rosenberger betont, im Grundgesetz sei festgehalten, dass der Dienstherr Beamten amtsangemessene Pensionen zu gewähren habe. Die Integration ins Rentenmodell spare deshalb kein Geld, weil der Dienstherr für die Beamten dann eine »adäquate Zusatzversorgung« aufbauen müsse.

► Thema des Tages

Strobl: keine Toleranz

Polizei | Kampf gegen Rechtsextremisten

Oberndorf (rd). Im Südwesten hat es in den ersten zehn Monaten des Jahres 32 Verdachtsfälle von rechtsextremen Umtrieben bei der Polizei gegeben. Betroffen sind insgesamt 45 Beamte.

Sieben Verfahren davon haben bereits zum Rauswurf der betroffenen Polizeianwärter geführt. In elf Fällen laufe die Untersuchung noch, zehn Verfahren wurden eingestellt,

nachdem sich die Vorwürfe nicht erhärtet hätten. Um die Zahlen einordnen zu können: Bei der Polizei im Land arbeiten rund 34 000 Menschen.

Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) kündigte derweil an, beim Thema Rassismus, Extremismus und Antisemitismus verfolge er eine klare Null-Toleranz Politik.

► Baden-Württemberg

Merkel macht Mut

Corona | Kommt Impfstoff im Dezember?

Mainz. Es könnte das tollste Weihnachtsgeschenk werden: Kanzlerin Angela Merkel (Bild, CDU) rechnet noch im Dezember oder »sehr schnell nach der Jahreswende« mit der Zulassung eines Corona-Impfstoffes in Europa.

Die Impfungen könnten unmittelbar danach anlaufen. Was für den ehr-

geizigen Zeitplan spricht: Das Mainzer Unternehmen Biontech und der Pharmariese Pfizer wollen bis zum Wochenende in den USA eine Notfallzulassung beantragen. Der Antrag für Europa sei ebenfalls vorbereitet.

Liege die Genehmigung vor, könne Biontech das Mittel »innerhalb von Stunden liefern«.

► Hintergrund

Heute mit
Sonderbeilage

Rätsel-
Spaß

*Winter
Edition*

Service

Anzeigen:
Telefon 0800/780 780 1
Mo.-Fr. 7-18 Uhr, Sa. 8-12 Uhr
So. 13-18 Uhr
Abonnement:
Telefon 0800/780 780 2
Mo.-Fr. 7-18 Uhr, Sa. 8-12 Uhr
Redaktion:
Telefon 07423/78-0
E-Mail:
service@schwarzwaelder-bote.de
ePaper:
www.schwarzwaelder-bote.de/digital



Nagold

Kämmerer warnt vor finanziellem Desaster

Ein positives Ergebnis werde »krachend« verfehlt werden, das planerische Minus von knapp sieben Millionen Euro werde »schmerzhaft« sein, es bestehe gar Gefahr »ins finanzielle Desaster zu schleudern«. Nagolds Finanzbürgermeister Hagen Breitling stellte in seiner Haushaltrede 2021 klar: Nagold arbeitet im Krisenmodus. Wobei vor allem eine Zahl einen sichtlichen Eindruck bei den Gemeinderäten hinterließ.

Kreis Calw

»Damit schießt der Landkreis ein Eigentor«

Der Kreistag hat – nicht-öffentlich – einen großen Teil der Busstrecken im Kreis Calw für die nächsten acht Jahre an eine von der Bahntochter RAB angeführte Bietergemeinschaft vergeben. Für SPD-Kreisrat Rainer Prewo und Gisela Volz, Geschäftsführerin der Verkehrsgesellschaft Bäderkreis Calw, eine fatale Entscheidung, die heimische Unternehmen gefährdet. Beide befürchten, dass der Wettbewerb im ÖPNV bald Geschichte sein könnte.

MISSION ENERGIE

DER EINZIG WAHRE SCHWARZWALD-THRILLER



Alle Episoden online entdecken:
wahr-energie.de/schwabo

Wir versorgen die Region mit
Energie für Wärme und Mobilität

HEIZÖLE · HOLZPELLETS · ERDGAS · STROM · KRAFT- & SCHMIERSTOFFE · MTB TANKSTELLEN